

# Eigenbrötlerisch, leicht und locker

**(BS/Wilfried Kruse\*) Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) legte jüngst seinen aktuellen Jahresbericht zum Bürokratieabbau vor. Er bemängelt darin scharf, dass bei wesentlichen Vorhaben der neuen Legislaturperiode zum Zeitpunkt der Kabinettsbefassung die vorgeschriebene Kostentransparenz nicht gegeben war, Mehrkosten für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung aus nur 12 Monaten werden im Saldo mit 9,2 Mrd. Euro beziffert. Der interessierte Beobachter ist mittlerweile in "heiterer Resignation" nicht mehr wirklich überrascht von derlei Fahrlässigkeit zum Nachteil des Standortes Deutschland.**

Fast zehn Jahre nach Errichtung des NKR hat es die politische und administrative Führung in Berlin und im föderalen Staat insgesamt immer noch nicht fertiggebracht, qualitativ neue und innovative Normsetzung, ebenen-, silo- und tellerrandübergreifende Kooperation, geschweige denn Transparenz und den Willen zur Vereinfachung, zur "Entfesselung" von unnötiger Bürokratie aufzubringen – und das trotz der eigentlich vorhandenen Pflichten nach dem Normenkontrollratsgesetz.

Am Standort Deutschland werden damit immer noch "blind" und "eigenbrötlerisch, leicht und locker" Kosten für Unternehmen (und Bürger) produziert, die uns im kommenden, sicher auch durch die Krisenherde auf dem Globus verursachten Konjunkturabschwung noch als Bumerang treffen werden.

Die gesamtkonzeptionelle, elektronische "Aufrüstung" der öffentlichen Verwaltung lässt am Standort Deutschland ebenso sehr zu wünschen übrig. Der NKR bemängelt überbezahlte In-sellösungen, zu geringe Investitionen in das E-Government und die Tatsache, dass ressortübergreifende Abstimmung dazu, ganz zu schweigen von wirksamer und nachhaltiger Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen (trotz mehr als drei Jahren IT-Planungsrat!), nur schwer zu erkennen ist. Zu Recht wird darauf verwiesen, dass die einheitliche Rufnum-

mer 115 oder der jetzt im Rahmen der digitalen Verwaltung 2020 vom Bund ausgerufene "Einheitliche Ansprechpartner 2.0" brachliegendes Potenzial haben, das endlich genutzt und auf einen gemeinsamen Weg gebracht werden muss.

Dazu brauchen das Thema und die Entwicklung des E-Governments in Deutschland neue Impulse, auch und besonders eine neue Führungskultur, die Einsicht auf den obersten Führungsetagen und -einheiten von Bund, Land und Kommunen, dass das Bestehen des Standortes Deutschlands im internationalen Wettbewerb ihre ureigene Aufgabe werden muss – nicht (nur) "Leadership" ist gefragt, sondern mehr als das: "Ownership, ganz oben". Nur, wenn auch die Verwaltungsführungen – auch die politischen Ebenen im föderalen Staat – es als eigene Aufgabe, als eigene Verantwortung empfinden, E-Government aus den vielen Silos gemeinsam mit den IT-Verantwortlichen und Mitarbeitern ihrer Verwaltung herauszuholen, wird E-Government den elektronischen Rückstand in Deutschland aufholen können.

Kundenorientiertes E-Government ist eben nicht nur Aufgabe und Verantwortung der IT-Beauftragten der eigenen Verwaltung, des eigenen IT-Dienstleisters, deren Reichweite ist im großen "Verwaltungsozean" oft zu begrenzt. Es muss zu allererst übergreifende und persönliche

Führungsaufgabe und Verantwortung von Ministern, Staatssekretären, Oberbürgermeister, Dezernenten werden, soll es dem Standort, unserer Anspruchs- und Wohlstandsgesellschaft auch durch die kommenden Abschwungzeiten und auf dem Weg in eine demographiegeprägte längerfristige Zukunft helfen.

Wir können nicht darauf warten, bis die heutigen "Digital Natives" diese Führungspositionen erreichen und solche Verantwortung dann selbstverständlich übernehmen werden; die Zeit dafür haben wir angesichts des digitalen Rückstandes gegenüber Amerika und Asien längst nicht mehr.

Die Spitzen der Deutschen Industrie und ihrer Verbände haben es mit "Industrie 4.0" auf der Tagesordnung, die Spitzenverantwortlichen der föderalen deutschen öffentlichen Verwaltung müssen dringend dazu aufschließen: gesamtkonzeptionelle und hochrangig verankerte Führungsverantwortung für die Entwicklung des E-Government im Zeitalter des Internets der Dienste und der Dinge als "Verwaltung 4.0" und damit gemeinsam für Deutschland 4.0.

*\*Wilfried Kruse, Geschäftsführender Gesellschafter IVM<sup>2</sup>, ist fachlicher Leiter und Moderator des Verwaltungskongresses "enrw", am 17. November in Düsseldorf. Weitere Informationen und Anmeldung unter: [www.enrw.info](http://www.enrw.info)*